



Ausschuss für Kommunalpolitik

2. Sitzung (nichtöffentlich)

20. September 2000

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.15 Uhr

Vorsitz: Jürgen Thulke (SPD)

Stenograf: Michael Endres

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

1 Überblick über die von der Landesregierung für die 13. Legislaturperiode geplanten Vorhaben auf dem Gebiet der Kommunalpolitik

- Bericht von Minister Dr. Fritz Behrens 1
- Diskussion 9

2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung 15
Drucksache 13/150

Der AKo kommt überein, den Punkt in der nächsten Sitzung am 18. Oktober abschließend zu behandeln und abzustimmen.

Seite

3 Förderprogramm des Landes: Kommunen gegen Rechtsextremismus 16

- Bericht von MDgt Held (IM)

Der Ausschuss stimmt dem Vorhaben nach kurzer Diskussion einstimmig zu.

4 Verschiedenes 19

(siehe Diskussionsteil)

Innenministerium gehe davon aus, dass es flächendeckend das kaufmännische System sein werde.

2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/150

Vorsitzender Jürgen Thulke schickt voraus, der federführende Haushalts- und Finanzausschuss erwarte, dass die beteiligten Ausschüsse bis zum 27. Oktober ihre Beratungen abschließen. Der AKo werde demnach diesen Punkt in der nächsten Sitzung am 18. Oktober abschließend behandeln und abstimmen.

Ewald Groth (GRÜNE) merkt an, die Aufteilung der an die Kommunen fließenden Mittel jeweils hälftig als Schlüsselzuweisung und hälftig als Investitionspauschale habe seine Fraktion sehr kritisch diskutiert. Laut Gemeindefinanzberichte sei bekannt, dass es in den Kommunen unterschiedliche Entwicklungen hinsichtlich des Strukturwandels gebe. Gerade die Gemeinden im nördlichen Ruhrgebiet seien auf massive Unterstützung bei der allgemeinen Schlüsselzuweisung angewiesen und nicht so sehr auf Investitionspauschalen. Investitionspauschalen würden auch an diejenigen gezahlt, die abundant seien. Durch die Erhöhung der Investitionspauschalen werde der Finanzminister die Kreditaufnahme weiter erhöhen können. Dem Parlament werde der Finanzminister dann vorhalten können, dass er im Vergleich zu den Kommunen eine höhere Nettokreditaufnahme habe. Zumindest die grüne Fraktion habe die jeweils hälftige Verteilung nicht unkritisch gesehen.

Heinz Wirtz (SPD) sieht den vorgelegten Nachtragshaushalt in Bezug auf die oben dargestellte Problematik als Ausnahmefall an und ruft in Erinnerung, dass Ewald Groth in der Plenardebatte gesagt habe, wie hoch der Anteil der frei verfügbaren Mittel insgesamt für die Kommunen sei. Dieser Trend sollte auch beibehalten werden.

Dr. Ingo Wolf (F.D.P.) stimmt den Anmerkungen des Kollegen Groth zu. Auch seine Fraktion betrachte diese Aufteilung als kritisch. Darüber sollte in der nächsten Sitzung noch einmal diskutiert werden.